

Wahlprüfstein DIE LINKE

Bundesvereinigung Trans*
Weisestraße 50
12049 Berlin

Wahlprüfsteine Bundestagswahl 2017 der Bundesvereinigung Trans* (BVT*) zu Menschen mit Trans*-Hintergrund

Die Bundesvereinigung Trans* ist ein deutschlandweiter Zusammenschluss von über 30 Selbsthilfegruppen, Vereinen und Initiativen und setzt sich seit 2015 für die Rechte von trans* (also transsexuelle, transgender, transgeschlechtliche, transidente etc.) Personen ein.

1. Generell

**1. Unterstützen Sie die Forderung, dass Menschen, die geschlechtliche Vielfalt leben, an der interministeriellen Arbeitsgruppe unter der Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) zur „Situation von Inter- und Transsexuellen“ und bei allen anderen politischen (einschließlich gesundheitspolitischen) und gesetzgebenden Gremien und Maßnahmen, die unsere Lebenssituationen betreffen breit beteiligt werden müssen? Die Yogyakarta Prinzipien enthalten wichtige Leitlinien zur Achtung und Durchsetzung der Menschenrechte auch für Personen die geschlechtliche Vielfalt leben. Sind Sie bereit, diese als Leitlinien für jedes rechtliche, gesellschaftliche, politische und gesundheitliche Handeln anzunehmen?
Sind sie bereit, bei der Entwicklung von Programmen zur Unterstützung von trans* Menschen deren intersektionale Diskriminierung (z.B. Aufgrund von Klasse, Ethnizität/Herkunft, Behinderung etc.) in den Vordergrund zu stellen?**

Ja, DIE LINKE ist für die Beteiligung von Betroffenen in der fachspezifischen IMAG. Die von Expert_innen erarbeiteten Yogyakarta-Leitlinien sind aus Sicht der LINKEN gute und sinnvolle Handlungsanweisungen, die nach Möglichkeit in allen Fachbereichen herangezogen werden sollten. Der Gedanke der Intersektionalität versucht die Verschränktheit von Macht- und Herrschaftsverhältnissen aufzugreifen und die Problematik der Mehrfachdiskriminierung zu fassen, deshalb ist er aus Sicht der LINKEN ein sinnvoller Ansatz.

2. Rechtliche Anerkennung der Geschlechtsidentität und Namensänderung

2. Ist ihre Partei für eine grundlegende Reform des Transsexuellengesetzes (TSG)? Z.B. durch die Aufhebung des TSG als Sondergesetz und Integration notwendiger Regelungen in bestehendes Recht.

Trans* Menschen, die ihren Namen bzw. ihr Geschlecht ändern wollen, müssen heute ein kostspieliges gerichtliches Verfahren erdulden und bezahlen. Seit 2012 werden in etlichen Ländern Namens- und Geschlechtsänderungen in formlosen Verfahren selbstbestimmt am Standesamt auf Basis von Selbstauskunft geändert. Dies hat zu keinen gemeldeten Problemen geführt. Sind Sie bereit ein solches Verfahren auch in Deutschland einzuführen? Z.B. anstelle des gerichtlichen Verfahrens ist die Änderung des Vornamens und/oder des Personenstandes auf einfachen Antrag qua Selbsterklärung bei der für das Personenstandswesen zuständigen Behörde möglich.

Trans* Menschen, die ihren Namen bzw. ihr Geschlecht ändern wollen müssen eine langwierige und kostspielige gerichtliche Begutachtung durch zwei „Sachverständigen“-Gutachten vorweisen. Die World Professional Association for Transgender Health, die weltweit die meiste Expertise zu Trans* Gesundheit inne hat, hat sich gegen solche Begutachtungen ausgesprochen. Trans* Menschen erfahren die Begutachtung als bevormundend und diskriminierend. Sind Sie bereit diese Begutachtung abzuschaffen? Z.B. durch die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes von Trans*-Personen durch Abschaffung der Begutachtung und des gerichtlichen Verfahrens (derzeit geregelt in § 4 Abs. 3 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 TSG)

Menschen, die bis zum 11.01.2011 § 8 des deutschen Transsexuellengesetz in Anspruch genommen haben (Personenstandsänderung), mussten Zwangssterilisation und andere Zwangsoperationen nachweisen, um ihr Geschlecht rechtswirksam anpassen zu können.

Ist ihre Partei für eine Entschädigung der Opfer für dieses 20 Jahre lang im Gesetz festgeschriebene Unrecht durch den gesetzlich geforderten Eingriff in die körperliche Unverletzlichkeit? Wenn ja, welche Form der Entschädigung werden Sie konkret umsetzen?

Das heutige Transsexuellengesetz enthält in § 5 zwar ein Offenbarungsverbot, aber in der Praxis geht dies oft nicht weit genug bzw. hat eine große Rechtsunsicherheit produziert. Sind Sie bereit, den Schutz der Privatsphäre von trans* Personen besser zu gewährleisten? Z.B. durch den Ausbau des Offenbarungsverbots unter Einbeziehung des Ordnungswidrigkeitenrechtes sowie die Schaffung klarer Regelungen zu einem Anspruch auf rückdatierte Ausstellung von Urkunden, (Arbeits-)Zeugnissen und anderen offiziellen Dokumenten.

§ 5 Abs. 3 des Transsexuellengesetzes besagt, dass Kinder das angenommene Geschlecht und den Namen ihres Elternteils nicht in ihre eigene Geburtsurkunde eintragen lassen können. Hierdurch muss die Geschlechtsänderung des Elternteils offenbar gemacht werden, auch wenn alle anderen Unterlagen den neuen Namen und das neue Geschlecht zeigen. Ist ihre Partei bereit, diese Diskriminierung zu beseitigen?

Sind sie bereit, die Abfrage von Geschlecht, z.B. in Formularen, so weit wie möglich einzuschränken bzw. zumindest eine dritte geschlechtliche Option anzubieten?

Sind Sie bereit, die standesamtliche Registrierung von Geschlecht auf mindestens drei Geschlechter auszuweiten?

Ja, DIE LINKE setzt sich für die Aufhebung des Transsexuellengesetzes ein.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alle Menschen frei ihren Vornamen und ihr Geschlecht wählen dürfen. Die Begutachtungspflicht gehört aus Sicht der LINKEN abgeschafft. Zur Frage einer möglichen Entschädigung von zwangssterilisierten Menschen nach dem TSG in der alten Fassung hat sich DIE LINKE noch keine Meinung gebildet. Sie waren jedoch, wie das BVerfG feststellte, verfassungswidrig und zudem verstießen sie eklatant gegen die Menschenrechte. Zu weitergehenden Regelungen des Offenbarungsverbots hat sich DIE LINKE noch keine Meinung gebildet. Dies betrifft ebenso weitergehende standesamtliche Regelungen. Die Anzahl möglicher Geschlechtsoptionen oder auch die Streichung des Geschlechtseintrags sollte Teil eines zivilgesellschaftlichen Diskussionsprozesses sein, bei dem gemeinsam mit Betroffenenverbänden nach Lösungen gesucht wird.

3. Gesundheitsversorgung

3. Viele Trans*-Menschen haben Schwierigkeiten im Zugang zur Gesundheitsversorgung, nicht nur für transitionsbedingte Eingriffe, sondern auch in anderen Zusammenhängen.

Ist ihre Partei bereit, einen speziellen Aktionsplan zur Verbesserung der umfassenden Gesundheitsversorgung für Trans*Personen durch das Gesundheitsministerium entwickeln zu lassen?

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat vorgeschlagen, die Diagnose 'Geschlechtsidentitätsstörung' aus der Liste von psychischen Diagnosen zu nehmen, um damit Transsexualität zu depsychopathologisieren und zu entstigmatisieren. Auch der Weltärztebund sieht Transsexualität nicht länger als Krankheit an. Unterstützen Sie diese Reform - und wenn ja mit welchen konkreten Maßnahmen? Z.B. durch das Hinwirken auf die Entpsychopathologisierung und Entstigmatisierung in der ICD-11 Überarbeitung oder durch eine daraufhin ausgerichtete Arbeit in der Kommission der Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (AWMF) zur Überarbeitung der medizinischen Leitlinien für Erwachsene bzw. Kinder und Jugendliche.

Bei der Kostenübernahme von geschlechtsangleichenden medizinischen Maßnahmen kommt es immer wieder zu Problemen. Sind Sie bereit, die rechtlichen Regelungen zu verbessern und die Verankerung des Rechts auf Kostenübernahme durch die Krankenkassen klar rechtlich zu verankern? Dies wird zum Beispiel in der Transgender Resolution des Europarates von 2015 gefordert. Z.B. durch die rechtliche Absicherung der Leistungspflicht der Krankenkassen im Sozialgesetzbuch.

Sind Sie darüber informiert, dass derzeit die zusätzliche Prüfung durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) nach veralteten Standards erfolgt und für viele trans* Menschen eine Gesundheitsversorgung unzugänglich macht - ja gesundheitliche Krisen erst hervorruft? Sind sie bereit, den Medizinischen Dienst des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen e. V. (MDS) dazu anhalten, seine Richtlinien in Zusammenarbeit Trans*Interessensvertretungen zu überarbeiten, um für die von den Trans*-Personen als notwendig empfundene geschlechtsangleichende medizinische Maßnahmen - auch im noch nicht geschäftsfähigen, aber einwilligungsfähigem Alter (z.B. Hormonblocker) oder Status (trans* Menschen mit Behinderung) - Kostenübernahmen zu gewähren?

Sind Sie ebenfalls bereit die Trans*-Expertise innerhalb des MDS und der einzelnen MDKs zu erhöhen, um Diskriminierungserfahrungen von Trans*Menschen zu vermeiden? Z.B. durch community-basierte Fortbildungen und/oder Anstellung qualifizierten Personals?

Sind Sie bereit für die Sicherstellung und Verbesserung einer zugänglichen, umfassenden, bedürfnisorientierten und präventiven Gesundheitsversorgung für alle, die sie für ihr geschlechtliches Gesundheitsempfinden benötigen, auf Basis der informierten Einwilligung („informed consent“) einzutreten? Wenn ja, welche konkreten Schritte werden Sie unternehmen?

In fast allen Ländern aus denen Forschung vorliegt, wird für Trans*-Frauen (insbesondere an den Schnittstellen zu Sexarbeit und Illegalisierung) ein erhöhtes HIV-Risiko festgestellt. Für Deutschland gibt es jedoch kaum verlässliche Forschung oder Programme zur HIV-Prävention und -Behandlung bei Trans*Menschen. Sind Sie bereit, dies zu ändern? Wenn ja, wie?

Trans*-Menschen leiden unter einem stark erhöhtem Suizidrisiko im Vergleich zur Durchschnittsbevölkerung, aber auch im Vergleich zu Schwulen und Lesben, wobei junge Trans*-Menschen besonders gefährdet sind. Sind sie bereit, diese Vulnerabilität in nationalen Suizidprogrammen - wie in der Transgender Resolution des Europarates gefordert - zu adressieren? Wenn ja, in welcher Form?

Ja, DIE LINKE sieht ebenfalls Transsexualität nicht als Krankheit an. Allerdings – auch hier ist der Diskussionsprozesse noch nicht abgeschlossen – sollten die Folgen des Schritts wohl überlegt sein, da es Auswirkungen auf die Übernahme der Kosten durch die GKV und PKV hat. Inwiefern die Kostenübernahme darüber hinaus gesetzlich verankert werden soll, z.B. im SGB, ist ebenfalls noch nicht diskutiert worden. DIE LINKE wünscht sich, dass die Richtlinien lebensnah überarbeitet werden. Hier halten wir es für sinnvoll, dass das BMG im Rahmen von Fachkongressen und Initiativen in Zusammenarbeit mit der Trans-Community auf GKV und PKV zugeht, dabei würden auch deren Mitarbeiter_innen und geschult. Klar ist aus Sicht der LINKEN, dass die Gesundheitsversorgung von transgeschlechtlichen Menschen verbessert werden muss (dies betrifft besonders den Bereich HIV/Aids, hier sollte die Zusammenarbeit mit der DAH und den regionalen Aidshilfen deutlich ausgebaut werden und finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden), wie dies konkret geschehen soll, darüber hat sich DIE LINKE noch keine Meinung gebildet.

Ähnlich dem Ansatz der strukturellen Prävention, der durch die DAH etabliert wurde, muss gesamtgesellschaftlich die Akzeptanz von Trans* Menschen gesteigert und deren Lebenssituation verbessert werden. Damit wird deren Gesundheit gefördert, HIV-Prävention auf eine breitere Basis gestellt und höchstwahrscheinlich auch das Suizidrisiko minimiert.

4. Familie

4. Das Adoptionsrecht ist für Menschen mit Trans*-Hintergrund von zentraler Wichtigkeit: Menschen mit Trans*-Hintergrund, die vor dem 11.01.2011 ihre Personenstandsänderung unter dem TSG erwirkt haben, wurden qua Gesetz zur Sterilisation gezwungen. Zum jetzigen Zeitpunkt sind diese Menschen vom Recht auf Familiengründung ausgeschlossen. Unterstützen Sie ein Recht auf Umsetzung des Kinderwunsches bei Personen mit Trans*-Hintergrund, z.B. durch Adoption?

Unterstützen Sie mit Berücksichtigung der o.g. Argumente eine Zurverfügungstellung und Kostenübernahme für reproduktionsmedizinische Assistenz für Menschen mit Trans*-Hintergrund?

Ja, DIE LINKE unterstützt das Recht von Trans*-Menschen nach Adoption und Kinderwunsch. Restriktionen sind in diesem Bereich abzubauen. Auch die langjährige Forderung der LINKEN nach Öffnung der Ehe würde sich in Teilbereichen positiv auf Trans* Menschen auswirken.

5. Diskriminierung

5. Trans*-Menschen sind auch in Deutschland regelmäßig Opfer von Diskriminierung. Sind Sie bereit den gesetzlichen Schutz vor Diskriminierung zu verdeutlichen und auf alle Lebensbereiche auszubreiten?

International gibt es gute Erfahrungen mit Aktionsplänen gegen Trans*Feindlichkeit, um die Akzeptanz von Trans*-Menschen deutlich zu fördern. Unterstützen Sie eine Erstellung bzw. Weiterführung eines solchen Planes?

Trans*-Menschen erfahren soziale und ökonomische Ausgrenzung, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Ist Ihre Partei bereit, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um die soziale und ökonomische Ausgrenzung von trans* Menschen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, aber auch in anderen Bereichen der gesellschaftlichen Teilhabe zu überwinden? Sind sie bereit, wichtige Aufklärungsarbeit, verantwortungsvolle Antidiskriminierungsarbeit und Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Trans* adäquat zu fördern und dabei die community-basierte Expertise wertzuschätzen?

Ja, DIE LINKE setzt sich gegen die Diskriminierung von Trans*-Menschen ein. Allgemein brauchen wir einen Ausbau des AGG, verlängerte Klagefristen und ein Verbandsklagerecht. Darüber hinaus wollen wir den Ausbau der ADS, mit eigener Klagemöglichkeit. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) sollte, wie bereits in der Vergangenheit, dann jedoch mit deutlich mehr Mitarbeiter_innen die Trans*-Thematik in Kooperation mit der Trans*_Community bearbeiten. Gegen die Diskriminierung am Arbeitsmarkt, bedarf eines schärferen AGG, deutlich mehr Problembewusstsein bei Betriebsräten und Schwerbehindertenvertretungen, um die gegnerische Unternehmensseite zu einem vernünftigen Handeln zu bewegen. Zumindest sollten aus Sicht der LINKEN Jobcenter und Arbeitsagentur die Thematik stärker in den Fokus nehmen und Mitarbeiter_innen dahingehend geschult werden.

6. Schulwesen und Arbeitsmarkt

6. Trans*-Menschen sind in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt regelmäßig Diskriminierung und Mobbing/Bullying ausgesetzt.

Sind Sie bereit konkrete Schritte gegen Mobbing/Bullying an Schulen wie im Arbeitsmarkt zu unternehmen?

Sind Sie bereit konkrete Schritte zur Verbesserung der Situation von trans* Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu entwickeln, um ihre Berufsperspektiven zu verbessern?

DIE LINKE hat sich maßgeblich in Berlin 2009 ins Zeug gelegt, dass die rot-rote Initiative des Berliner Senats „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und die Akzeptanz der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt“ eingeführt und umgesetzt wurde, diese hatten ein expliziten Schwerpunkt auf Bildung und wurde z.B. in Baden-Württemberg zu weiten Teilen übernommen. DIE LINKE tritt bundesweit für die Bildungs- und Akzeptanzinitiativen zum Thema ein.

7. Asylverfahren

7. Viele Trans*-Menschen erfahren in ihren Heimatländern Verfolgung oder Bedrohung. Sind Sie bereit, staatliche und nicht-staatliche Verfolgung von Menschen aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität und/oder ihres geschlechtlichen Ausdrucks (auch jenseits von sogenannten „sicheren Herkunftsstaaten“) als Asylgrund anzuerkennen?

Sind sie bereit den vollen Zugang zu lebensrettenden medizinischen Maßnahmen, wie z.B. die Hormongabe und/oder chirurgische Verfahren zur Unterstützung der Transition, auch für Asylsuchende im Asylverfahren zu gewährleisten?

Ja, DIE LINKE lehnt das Konstrukt der „sicheren Herkunftsstaaten“ ab. Alle LSBTTI, die staatlicher und nichtstaatlicher Verfolgung ausgesetzt sind, sollen in Deutschland Asyl erhalten. DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Menschen in Deutschland Zugang zu den medizinischen Leistungen erhalten sollten, dazu zählen auch Menschen im Asylverfahren aber auch Menschen ohne

8. Bekämpfung von Gewalt

8. Trans*-Menschen sind Gewalt in allen Lebensbereichen ausgesetzt. Sind Sie bereit den Opferschutz für trans* Menschen, die Gewalt erfahren, erheblich zu verbessern? Wenn ja, wie?

Sind Sie bereit ein Programm zur Bekämpfung von Gewalt gegen trans* Menschen zu unterstützen?

Inhaftierte trans* Menschen berichten immer wieder von (sexueller) Gewalt und einer Inhaftierung, die nicht ihrem Geschlechtsempfinden entspricht. Sind Sie bereit, die Richtlinien zum Umgang mit inhaftierten trans* Menschen und die Unterbringung von trans* Inhaftierten zu verbessern?

Ja, DIE LINKE unterstützt die Förderung und den Aufbau von zivilgesellschaftlichen Opferberatungsstellen für LSBTTI, da in dieser Personengruppe berechnete Vorurteile gegenüber staatlichen Strukturen vorhanden sind, bedarf es dieser weiteren Möglichkeiten, neben gesonderten Ansprechpartner_innen bei Polizei und Staatsanwaltschaft, die es leider immer noch nicht bundesweit gibt. DIE LINKE tritt ebenso dafür ein, dass Trans*-Menschen auch in deutschen Gefängnissen vor jeglichen Übergriffen geschützt werden. Inwiefern die Veränderung von Richtlinien allein der richtige Ansatz ist, darüber haben wir uns noch keine Meinung gebildet.

9. Forschung

9. Zum Thema Trans* gibt es viele offene Forschungsfragen, z.B. zu Antidiskriminierung, Zugang zur Gesundheitsversorgung und zum Arbeitsmarkt, Bekämpfung von und Umgang mit Gewalterfahrungen etc. Unterstützt ihre Partei betroffenenkontrollierte Forschung in staatlichen Forschungsprogrammen und öffentlichen Bildungs- und Forschungseinrichtungen, die nicht-pathologisierende, nicht-exotisierende und empowernde Antidiskriminierungsforschung zu Menschen mit Trans*-Hintergrund fördern? Wenn nein, warum nicht und wie wollen Sie dies ändern?

Unterstützt Ihre Partei Forschung zur rechtlichen, sozialen, gesellschaftlichen und gesundheitlichen Situation von Trans*-Menschen? Wenn ja, wie?

Grundsätzlich steht DIE LINKE für von Freiheit von Forschung und Wissenschaft. Ob und inwiefern Betroffene am Forschungssetting mitwirken, sollte nicht die Politik entscheiden. Jedoch sollte Forschungsinstitute ihre ethischen Grundsätze stets aktuell evaluieren und staatliche Forschungsförderung sollte aus Sicht der LINKEN besonders darauf achten, dass ethische Grundsätze gewahrt bleiben. Da das Wissen gerade über die soziale Dimension von Trans*-Menschen ausbaufähig ist, sollten hier Forschungen unterstützt werden.

10. Selbstorganisation

10. Wird Ihre Partei zur Stärkung von Verbänden, Vereinen, Netzwerken, Selbsthilfegruppen und allen anderen Organisationen, die sich für die Menschen einsetzen, die geschlechtliche Vielfalt leben, durch finanzielle und strukturelle Unterstützung beitragen?

Werden sie verlässliche und nachhaltige Förderstrukturen für deren Arbeit schaffen?

Ja, DIE LINKE tritt auf Bundesebene wie auf Landesebene für verlässliche und nachhaltige Förderstrukturen zur Unterstützung von Verbänden, Vereinen, Selbsthilfegruppen und Organisationen ein (siehe auch 8.).

11. International

11. Menschen mit Trans*-Hintergrund erfahren in praktisch allen Ländern der Erde Diskriminierung und in einigen auch staatliche Verfolgung. Finden Sie, dass in der Menschenrechts- und Entwicklungszusammenarbeit pro-aktiv Projekte und Organisationen von und für Menschen mit Trans*-Hintergrund gefördert werden sollen? Wenn ja, wie genau?

Wie garantieren Sie, dass die deutschen Träger der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit und ihre Partner_innen sensibilisiert sind für die Belange von Trans*-Menschen (u .a. durch Personalpolitik, -entwicklung und/oder Fortbildungen)?

Ja, DIE LINKE unterstützt den Aufbau queerer Strukturen weltweit. Doch dies sollte immer sehr sensibel zu den kulturellen Strukturen entstehen und es sollte immer auch eine soziale Dimension beinhalten. Wie konkret pro-aktiv ausgestaltet werden, kann immer nur anhand der gegebenen Strukturen ermittelt werden. Dass dies pro-aktiv gestaltet werden sollte, halten wir für sinnvoll.

12. Vertretung von nationalen Trans*-Verbänden in der Bundesstiftung MagnusHirschfeld (mhs)

12. Von Anfang wurde der Einbezug von geschlechtlicher Vielfalt auch in der Satzung und durch die (proportionale) Repräsentanz von Trans*-Vertreter_innen im Kuratorium der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld gefordert.

Durch den Einsatz von Trans*-Verbänden wurde es zur Gründung der mhs doch noch möglich, Trans*-Vertreter_innen in den Fachbeirat zu berufen. Seitdem stärken sie dort durch ihre langjährige, ehrenamtliche Arbeit die Trans*-Expertise. Um im Vergleich zum starken Übergewicht der v.a. schwulen Vertreter_innen im Fachbeirat wirksam werden und die vielfältigen Perspektiven von Trans*-Menschen einbringen zu können, wird jedoch mehr als ein Sitz benötigt (z.B. durch die Entsendung einer trans*-weibliche, eines trans*-männlichen und eine_r_s nicht-binären Vertreters_Vertreterin). Sind sie bereit sich dafür einzusetzen?

Bislang wurde beides nicht gewährt. Werden Sie dazu beitragen, dass sich das ändert?

Ja, die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld leistet aus Sicht der LINKEN sehr gute Arbeit. Dennoch unterstützen wir das Anliegen die Interessen von Trans*Menschen stärker immer Kuratorium und Fachbeirat abzubilden.

13. Umsetzung der Transgender Resolution des Europarates in Deutschland

13. a) Wie werden sie die Forderungen des Europarates umsetzen?

b) Wenn ja welche Schritte werden sie unternehmen und wie setzen sie diese um?

Ja, DIE LINKE hat in der Transgender Resolution einen wichtigen Schritt für die Anerkennung der Rechte von Trans*Menschen gesehen. Wie wir die Forderungen weiter zu ihrem Recht verhelfen können, haben wir bislang leider nur in Ansätzen diskutiert.

Lebenssituation von Menschen mit Trans*-Hintergrund

14. Wie setzt sich ihre Partei ansonsten für die Rechte und Verbesserung der Lebenssituation von Menschen mit Trans*-Hintergrund ein?

DIE LINKE hat sich an zahlreichen Punkten für die Interessen von Trans*-Menschen engagiert. Auf Bundes- und Landesebene wie auch auf kommunaler Ebene stehen wir für die Akzeptanz der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt ein. Besonderes Augenmerk haben wir auf den Diskriminierungsschutz sowie die endlich zu wahren Menschenrechten gelegt. D.h. endlich mehr rechtliche Möglichkeiten für Trans*-Menschen.

Grundsätzlich haben wir in vielen Gesprächen zur Kenntnis genommen, dass sich Diskriminierungserfahrungen und eine meist prekäre soziale Situation miteinander verschränken. Hier wollen wir zukünftig stärker Ansätzen und insbesondere die Dimensionen der Arbeitswelt für Trans*-Menschen stärker in den Fokus rücken.

Insgesamt gilt: DIE LINKE kämpft gegen jeder Form von Diskriminierung und wir wollen als einzige Partei die Wiedereinführung eines guten Sozialstaats, in dem auch die Schwachen eine Chance haben.